

Liebe Einwohnerinnen und Einwohner von Kraichtal,

sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,

sehr geehrte Gäste,

Als Vertreter der abschließend sprechenden Fraktion habe ich die Ehre Ihnen ein kurzes, geschmacksintensives und im Abgang süß-saures Dessert zu servieren, dessen Geschmack dann mit einer „Grünen Fee“ neutralisiert wird.

Trotz brummender Wirtschaft und damit Steuereinnahmen auf höchstem Niveau ist Kraichtal ein Gefangener im Schuldturm ohne Türen.

Im Kämmereihaushalt, der bis jetzt aufgrund der hohen Rücklagen aus fetten Jahren quasi keine Schulden aufweist, holt uns nun auch hier das Vermächtnis unserer Vorgänger ein.

Somit werden wir im Kämmereihaushalt innerhalb von nur 4 Jahren den Schuldenstand der Haushalte für Wasser und Abwasser um fast das Doppelte übertreffen.

Warum ist das so?

Auf Kredit bauen wir immer mehr neue Gebäude und Infrastruktur auf und müssen diese zusätzlich unterhalten. Tilgungsmöglichkeiten sind nicht geplant und zweifelhaft. Andererseits leisten wir uns eine enorme Vereinsförderung.

Rund 1/3 unserer Ausgaben (11 Mio. Euro im Jahr) sind Freiwilligkeitsleistungen. Der Schwerpunkt liegt nicht, wie vermutet in der Unterstützung von Kindern, Jugendlichen, Pflegebedürftigen und Kranken, sondern mit großem Abstand bei der Förderung von Kultur und Sport. Die Bereitstellung von Liegenschaften spielt hier eine zentrale Rolle.

Aufgrund des Demografischen Wandels, gesetzlicher Auflagen, der Anzahl und dem Alter unserer Liegenschaften, steigen die Kosten für den Betrieb und Erhalt ins Unermessliche. Hier besteht der dringendste Handlungsbedarf!

Stattdessen wurde der Focus bei Sparmaßnahmen lediglich auf die U3-Betreuung (zentralisierte Kindertagesstätte Münzesheim) und Grundschulen gelegt. Wenn es die Kraft erlaubt, sollten wir versuchen die Grundschulen zu erhalten. Denn stirbt die Kinderbetreuung und -bildung, stirbt auch Kraichtal.

Die Gemeinschaftsschule für rund 15 Mio. Euro ist eine notwendige Investition in die Zukunft, welche jedoch nur gestemmt werden kann, wenn wir uns langfristig in weniger wichtigen Bereichen sehr stark einschränken.

Solange wir uns eine Förderung von Musik und Sport mit geringer Beteiligung und Mitwirkung der Begünstigten leisten (Einsparpotenzial von rund 0,7 Mio. Euro/a im Betrieb und 1,5 Mio. Euro im investiven Bereich), werden wir ohne nachvollziehbare Argumente keiner Grundschulschließung (Pflichtaufgabe) zustimmen können!

Zudem würden wir uns ein Kapazitäts- (exponentielle Flüchtlingsentwicklung ohne Abbruchsignale und damit zusätzliche VKL-Klassen) und ein Qualitätsproblem (größere Klassen und damit weniger Lehrerstunden pro Schüler) einfangen!

Wenigstens erhalten wir mit unserem neuen Stadtentwicklungskonzept die entsprechenden Schmiedewerkzeuge. Nun gilt es jedoch einen entsprechenden Schmied zu finden, der sein Handwerk versteht und auch einsetzt.

Die Verwendung unserer Mittel kann nur auf der Grundlage einer klaren Priorisierung und damit einer klaren Unterscheidung zwischen „Kann- und Muss-Aufgaben“ erfolgen. Weiter ist der gezielte Einsatz bei der Verteilung von Leistungen unbedingt einem Gießkannenprinzip vorzuziehen.

Darum fordern wir von Bündnis 90 / Die Grünen nach wie vor ein Gesamtkonzept für alle unsere Liegenschaften. Denn alle Liegenschaften unserer Stadt z. B. Feuerwehrhäuser, Vereinsheime, Mehrzweckhallen und Schulen können nicht isoliert betrachtet werden.

Wenn wir das zuvor genannte mit voller Einsatzbereitschaft und mit Bravour gemeistert haben, können wir uns der folgenden „Kür“ widmen.

Wir von Bündnis 90 / Die Grünen wünschen uns eine zukunftsfähige Feuerwehr, auch im Hinblick darauf, dass es demografisch bedingt in rund 10 Jahren einen Einbruch des aktiven Feuerwehrpersonals geben könnte, was zur Folge hätte, dass wir die Standorte zentralisieren und mit hauptamtlichem Personal ausstatten müssten. Hierüber müssen wir uns schon heute Gedanken machen.

Als nachahmenswertes Beispiel kann hier die Samtgemeinde Gronau-Leine genannt werden. Sie ist aufgrund der Einwohnerzahl, ihrer Ortsteile und Ausdehnung mit Kraichtal vergleichbar.

Weitere Informationen erhalten Sie über den folgenden Link auf der dann bereitgestellten Online-Version dieser Haushaltsrede.

<http://www.gronau-leine.de/allris/vo020.asp?VOLFDNR=4892>

Die Bestattungsgebühren wurden laut Gemeinderatsbeschluss vom 01.06.2014 mit einem Kostendeckungsgrad von 70% beschlossen. Dieser wurde bis jetzt nicht erreicht (rund 60%). Hier gilt es neue Lösungsansätze, wie beispielsweise die Liberalisierung im Betrieb der Aussegnungshallen mittels Übertragung auf Bestattungsunternehmen und Kirchen, zu entwickeln.

Alleine für die Musikschule zahlen wir einen enormen Zuschuss in Höhe von rund 260.000,- Euro/a, dies entspricht 300,- Euro/a und Teilnehmer. Zum Vergleich zahlen wir für die Kinder- und Jugendarbeit lediglich 15,- Euro/a und Teilnehmer. Hier sollte geprüft werden, wie unser Zuschuss durch eine stärkere Beteiligung der Nutzer, gesenkt werden könnte.

Zur Förderung der Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaft sollten wir kommunale Entwicklungszusammenarbeiten und Städtepartnerschaften im Bereich Fachkräfte und Zuwanderung „Fachkräfte-Sharing“ anstreben.

Seit Anfang 2012 verlief in Kraichtal die Demografische Entwicklung nur aufgrund der Flüchtlinge innerhalb des prognostizierten Entwicklungskorridors.

So könnten wir bis 2030 sogar an Bevölkerung hinzugewinnen. Dies setzt jedoch voraus, dass der Zustrom aus den Krisenstaaten wie prognostiziert anhält und wir es schaffen, den Flüchtlingen bei uns eine Perspektive und Integrationsmöglichkeit zu bieten.

Sollte das nicht der Fall sein, landen wir im Zeitraum von 2012 bis 2030 bei einem Minus von rund 5% (-730 Einwohner), was somit mehr als der Bevölkerung von Bahnbrücken entspricht. Ab 2045 würden wir dann, aufgrund des Verlustes der „Babyboomer-Jahrgänge“, auf einen zweistelligen Prozentbereich stürzen.

In den letzten 4 Jahren haben insbesondere die Ortsteile Landshausen (-3,9%), Oberöwisheim (-1,7%) und Menzingen (-0,8%) an Bevölkerung verloren. Oberöwisheim ist der beste Beweis, dass Neubaugebiete alleine keinen Bevölkerungszuwachs garantieren.

Genau in diesen zuvor genannten Stadtteilen sollten wir, wenn möglich, Flüchtlinge unterbringen. Dies hätte zudem den positiven Nebeneffekt, dass wir damit diese Grundschulstandorte langfristig sichern könnten.

Gochsheim (+2,9%), Unteröwisheim (+2,4%) und Oberacker (+1,7%) scheinen beliebt zu sein. Auch hier spielten Neubaugebiete als auch die Versorgungsinfrastruktur eine untergeordnete Rolle. Es scheint eher, dass einfach die Nähe zu Bretten und Bruchsal die Attraktivität steigert.

So erkennen wir von Bündnis 90 / Die Grünen aufgrund der vorgenannten Bevölkerungsentwicklung nur in den Ortsteilen Unteröwisheim, Oberacker und Gochsheim einen erhöhten Wohnraumbedarf.

Alle anderen Ortsteile könnten durch eine gezielte Innenentwicklung (Baulücken, Freiflächen innerhalb, Verbesserung der baulichen Nutzbarkeit und Leerstände) bedient werden.

Mit der Erschließung des Teil-Baugebiets Lerchenberg in Neuenbürg gehen wir ökologisch (voraussichtliche Erhöhung der ungenutzten Wohnbauflächen in Neuenbürg von derzeit rund 16,5% auf rund 19%) und ökonomisch (Als Haupteigentümer wird das der Stadt voraussichtlich rund 350.000,- Euro weitere Schulden beschern) ein hohes Risiko ein!

Jedoch trifft die Eigentümer keine Schuld, dass hier in den 90er Jahren ein für Neuenbürg völlig überdimensioniertes Baugebiet entwickelt wurde. So haben wir die moralische Pflicht, diesen Fehler so gut wie möglich zu heilen.

Solche Entwicklungen geschehen, wenn man bei Planungen nicht die Stadt Kraichtal im Blick hat, sondern dem Grundsatz treu bleibt, dass in jedem Ortsteil -ob sinnvoll oder nicht- das Gleiche vorzuhalten ist, anstatt die jeweiligen Stärken eines Ortes gezielt zu stärken und somit seine Einzigartigkeit hervorzuheben.

Bei all den zuvor genannten Risiken besteht darin jedoch auch die Chance zur Entwicklung von Wohnraum für sozial Benachteiligte und Flüchtlinge.

Wir von Bündnis 90 / Die Grünen lehnen das Gewerbe- und Baugebiet in Münzesheim ab.

Münzesheim besitzt bei einer stagnierenden Bevölkerungsentwicklung rund 50 Baulücken, 30 Leerstände und Innenentwicklungsflächen in Höhe von rund 1,3 ha. Mit diesem Potenzial könnte nicht nur Wohnraum für rund 400 Personen entwickelt werden, sondern auch interessante Flächen für Handwerker und Gewerbetreibende angeboten werden.

Durch eine Arrondierung des Baugebiets Staarenberg in Unteröwisheim mit Anbindung an die L554, würde die Friedrichstraße entlastet werden.

Weiter steht das endgültige Gewerbegutachten der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Region Bruchsal noch aus und stellt den Bedarf zudem nicht ortsteilscharf dar.

Durch ein Gewerbegebiet im Westen von Unteröwisheim könnten ein Kreisverkehr und eine Anbindung an die Eisenhutstraße entstehen, was den Knotenpunkt mit Fußgängerampel am Ortseingang von Unteröwisheim entlasten und die Verkehrssicherheit steigern würde.

Weiter würde sich im Gegensatz zu einem Gewerbegebiet in Münzesheim keine Erhöhung des Verkehrsanteils aus Richtung Westen ergeben.

Mit diesen beiden Maßnahmen könnte dann auch ein richtlinienkonformes und damit „sicheres“ Radfahren für alle südlich der Friedrichstraße gelegenen „Uneröiser“ in Richtung Ubstadt und Münzesheim beziehungsweise Oberöwisheim ermöglicht werden.

Innovative Modellprojekte wie „Energiequartiere“ und „vielfältige Wohnformen“ sollten zur Attraktivitätssteigerung der geplanten Neubaugebiete ein Pflichtprogramm sein.

Das Wort „Baukultur“ sollte in Kraichtal eine stärkere Rolle spielen. Als ein Beispiel von vielen könnte man die Planung des angedachten Parkplatzes am Friedrichsplatz in Unteröwisheim nennen. Die Anregungen zur Anpflanzung von Weinreben, Stichwort „Badische Weinstraße“ und ein gepflasterter Kirschzweig wurden ignoriert. Solche Verbesserungen kosten nicht die Welt und hätten eine positive Wirkung auf die Identität, Wohnqualität und den Tourismus.

Der im Rahmen des Stadtentwicklungsprozesses gegründete BürgerInnenrat wünscht sich, dass in Bezug auf die Gestaltung aller Ortskerne die Verwaltung zukünftig einen aktiven Part übernimmt, Stichwort: „Sanierungsbeauftragter“.

Dies könnte der erste Schritt zum nächsten vom BürgerInnen- und auch Gemeinderat erarbeiteten Ansatz zur Gründung einer „Immobilien-genossenschaft“ sein.

Diese könnte folgende Aufgaben übernehmen:

- Einrichtung eines Gründerhauses für Dienstleistungs-, Informations-, Kommunikations- wissensintensive- und kreativwirtschaftliche Unternehmen
- Bündelung der Gesundheitswirtschaft
- Errichtung von Versorgungszentren
- Entwicklung von Wohnformen für Jung und Alt
- Anschlussunterbringung unserer Flüchtlinge
- Pflege und Entwicklung alter Bausubstanz

Ein weiterer Ansatz wäre auch, dass sie unsere untergenutzten Rathäuser und Vereinsheime ins Portfolio nehmen könnte.

LEADER: Dank des Einsatzes des Landratsamts Karlsruhe und dank dem Einlenken der CDU, stehen nach Abzug unseres finanziellen Aufwands nun rund 50.000,- Euro im Jahr mehr Fördermittel zur Verfügung. Diese sind für die Stadt wie auch Private breit einsetzbar.

Weitere positive Nebeneffekte sind, dass nun auch Förderanträge des „Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum“ (ELR) in Sanierungsorten gestellt werden können und eine interkommunale Zusammenarbeit mit unseren Nachbarkommunen (Kraichradweg) angestoßen wurde. Diese können nicht in Zahlen gefasst werden.

Wir danken der Verwaltung, dass Sie unseren Vorschlag zur Ausweitung des ELR auf alle Ortsteile aufgegriffen hat. Mit einer Steigerung der Antragszahlen um rund 300% sind wir auf dem richtigen Weg.

Danken möchten wir der Verwaltung und insbesondere der Stadtplanung, welche mit viel Engagement die Nutzbarkeit der Wohnbauflächen erhöht und somit die Innenentwicklung mit Leben erfüllt.

Die Verkehrssicherheit und -führung insbesondere in Unteröwisheim stimmt uns traurig. Auch der BürgerInnenrat hat dies bemängelt. Um Maßnahmen wie Fahrbahnverengung, breitere Gehwege, Fahrrad-schutzstreifen, Gestaltung des Straßenraums mit Wohncharakter etc. umsetzen zu können, müssen wir Parkraum schaffen. Erst dann kann das als Voraussetzung notwendige Halteverbot ausgesprochen werden. Dies wurde so auch am 10.12.2014 durch den Gemeinderat beschlossen. Seitdem sehen wir keine Bewegung in dieser Angelegenheit.

Ein mit Bürgerinnen und Bürgern zusammen erarbeitetes Verkehrskonzept aus dem Jahre 2011 gibt es bereits und wurde mehrheitlich vom damaligen Gemeinderat abgelehnt. Diese erarbeitete Grundlage muss dringend an den heutigen Stand angepasst und umgesetzt werden.

Eventuell hilft auch ein Elektrohoftor-Programm um die Akzeptanz der Anwohnerinnen und Anwohner bezüglich eines Halteverbots zu erhöhen.

Auf der Ortsdurchfahrt in Münzesheim und Unteröwisheim ist derzeit kein richtlinienkonformes „sicheres“ Radfahren möglich.

In Münzesheim könnte man schnelle Erfolge erzielen, indem man beim Landkreis Karlsruhe und Regierungspräsidium Karlsruhe für die L554 einen Fahrradschutzstreifen oder Tempo 30 beantragt. Dies würde zudem die Lärmbelastung reduzieren.

Alternativ könnten Fahrradpiktogramme auf den Ortsdurchfahrten in Unteröwisheim und Münzesheim eine Lösung sein.

Erst dann haben wir nach dem Bau des Radwegs in Menzingen eine wirklich durchgängige asphaltierte Verbindung von Menzingen nach Bruchsal.

Weiter ist Neuenbürg in Richtung Oberöwisheim und Odenheim radverkehrstechnisch abgehängt. Hier die Anregung an die Verwaltung, einen entsprechenden Antrag für die K3517 beim Landkreis Karlsruhe zu stellen.

Auch die Verbindung Oberacker-Münzesheim entspricht nicht den Standards und müsste verbessert werden. Auch hier die Bitte einer Antragstellung für die K3503 beim Landkreis Karlsruhe.

Selbst bei dem wünschenswerten Radweg zur verbesserten Anbindung von Menzingen an der K3512 hat die Antragstellung funktioniert, weshalb dann nicht bei diesen wesentlich bedeutenderen Fällen die echte Radverkehrsnetzlücken darstellen.

Rund 1/3 der benötigten Energie verschlingt der Verkehr und produziert damit neben dem klimaschädlichen CO<sub>2</sub> auch viel gesundheitsschädlichen Lärm und Feinstaub. Das E-Car-Projekt der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Region Bruchsal ist, da es sich innerhalb der Laufzeit der Fahrzeuge amortisiert, eine kostenneutrale Förderung zur Minderung von Lärm und Emissionen und somit ein kleiner aber toller Anfang zur Erreichung des Ziels „eine Landschaft zum Durchatmen“.

Für zukünftige Wahlen wünschen wir uns von Bündnis 90 / Die Grünen eine zentrale Stelle je Ortsteil für Wahlplakate, weit weg vom Durchgangsverkehr um die Verkehrssicherheit auf unseren Straßen nicht noch zusätzlich negativ zu beeinflussen.

Die Suche nach Standorten zur Energiegewinnung aus Wind, war leider nicht so erfolgreich. Hier sollten wir alternativ die Wasserkraft und oberflächennahe Geothermie untersuchen um für entsprechende Investoren Anreize zu schaffen.

Mit der Einstellung von Frau Nobel sehen wir von Bündnis 90 / Die Grünen den Tourismus in guten Händen. In wie weit diese Hände Wirkung zeigen, können wir erst in rund 5 Jahren beurteilen.

Wenn ich auf das Jahr 2015 zurückblicke erinnere ich mich sehr genau an die Themen Verkehrsleitung Unteröwisheim, Standortsuche Gemeinschaftsunterkünfte und Wasserversorgung Oberacker, Münzesheim und Gochsheim.

Weshalb?



Unnötige, sich wiederholende, emotionsgeladene Grabenkämpfe, die unserer Gemeinschaft nur geschadet haben!

Dies hätte vermieden werden können, wenn man die Bevölkerung im Vorfeld besser eingebunden hätte!

Leider wurde der Vorschlag, die umfangreichen öffentlichen Sitzungsterlagen und Protokolle, die uns Räten zur Verfügung stehen, vor den Sitzungen zu veröffentlichen, von der Verwaltung abgelehnt.

Da stellt man sich die Frage, weshalb wir nicht wie andere Kommunen z. B. Ettlingen oder die zuvor genannte Samtgemeinde Gronau-Leine und viele weitere einen Lösungsweg finden den es offensichtlich ja gibt und somit das Wohl unserer Stadt in den Vordergrund stellen.

Mit der Änderung der Gemeindeordnung durch das Land-BW zum 01. Dezember 2015 wird sich unsere Verwaltung nun zeitnah mit dem Thema auseinandersetzen müssen.

Die Bevölkerung möchte eine ehrliche und wertschätzende aktive Rolle einnehmen und als gleichwertiger Partner von Verwaltung und Gemeinderat ernst genommen werden. Die bisherige Kommunikation in Form von Online-Veröffentlichungen und Presseberichte werde dem nicht gerecht.

Diesen Mangel hat auch der BürgerInnenrat thematisiert.

Eine weitere ergänzende Maßnahme wäre z. B. die bereits von mir angeregte Nutzung des Mobilitätsportals der TechnologieRegion Karlsruhe. Dieses stellt die Verkehrssituation einer Stadt informativ und ungeschönt dar.

Im Folgenden werde ich unsere Finanzsituation in ihren wesentlichen Zügen darstellen.

Nach Verrechnung unserer Rücklagen mit den Schulden werden wir von einem derzeitigen Plus von rund 0,7 Mio. Euro bis Ende 2016 ein Minus von rund 4 Mio. Euro erreichen.

Wenn wir diesen Kurs für die nächsten Jahre weiter beibehalten, werden wir bis Ende 2019 rund 18,5 Mio. Euro reine Schulden anhäufen. Dies wäre in fetten Jahren einmalig in der Geschichte Kraichtals. Ich möchte gar nicht daran denken was passiert, wenn nun aufgrund einer erneuten Finanzkrise magere Jahre folgen.

Obwohl wir von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vor dieser Entwicklung schon seit Jahren gewarnt haben (siehe unsere Haushaltsreden der vergangenen Jahre), wurden wir stets ignoriert.

Wir verstehen ja emotionales Handeln, aber mit einem neuen Feuerwehrhaus mit Vereinsheim wird kein Brand schneller oder mehr gelöscht und stellt somit u. E. eine wünschenswerte „Kann-Investition“ dar.

Im Jahr 2016 hätten wir von Bündnis 90 / Die Grünen den Schuldturm gerne verlassen. Da sich dies mit dem vorgelegten Verwaltungshaushalt nur kurzfristig und mit dem Vermögenshaushalt nicht bewerkstelligen lässt, auf unsere Vorbehalte der letzten Haushaltsrede nicht eingegangen wurde und die finanzielle Situation sich weiter verschlechtert hat, lehnen wir den Kämmereihaushalt 2016 ab.

Zum Abschluss möchten wir von Bündnis 90 / Die Grünen unsere Freude zum Ausdruck bringen, dass engagierte Einwohnerinnen und Einwohner den Verein Kraichtal hilft e.V. gegründet und das Depot 25 eröffnet haben.

Auch jenen, welche sich in der Sprachförderung der Flüchtlinge engagieren gebührt unser Respekt. Denn nur mit dem Erlernen unserer Sprache kann eine Integration gelingen.

Vielen herzlichen Dank an alle Beteiligten!

Auch dem BürgerInnenrat möchten wir von Bündnis 90 / Die Grünen unseren Dank zum Ausdruck bringen, Sie haben uns in unserem Handeln bestätigt und einige wichtige blinde Flecken aufgezeigt und damit maßgeblich zu dieser Haushaltsrede beigetragen.

Weiter möchten wir uns von Bündnis 90 / Die Grünen auch bei allen weiteren nicht direkt angesprochenen Einwohnerinnen und Einwohnern für Ihr vielfältiges Engagement zum Wohle unserer Stadt recht herzlich bedanken.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und beende meine Rede mit der folgenden Erkenntnis.

„Wer den Blick in die Zukunft verweigert, verschläft die Gegenwart der kommenden Sekunde! Im Straßenverkehr nennt man dies auch mangelnde vorausschauende Fahrweise! Gepaart mit einem fehlenden Schulterblick, kann dies als grob fahrlässig bezeichnet werden.“

Angelo Castellano